Willy Schulz: „Staatsbürgerliche Erziehung und Geschichtsunterricht im neuen Staat"

Ernst Voigts Referat im Jahr 1946 im Kontext des demokratischen Wiederaufbaus des Schulwesens in Dithmarschen

1. Ein abseitiger Aktenfund und seine Bedeutung. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung 1949 ist eine Geschichte von 70 Jahren institutionell anwachsender – schließlich gefestigter – Demokratie. Die Anfänge waren 1945 jedoch schwierig: Deutschland lag in Trümmern, war besetzt und aufgeteilt in Besatzungszonen. Zur militärischen Niederlage des verursachten Krieges kam die moralische Katastrophe des bis dahin größten Menschheitsverbrechens, die Verfolgung und Ermordung der Juden in Europa. Bei ihren Planungen für die Nachkriegszeit legten die Siegermächte – für die westlichen Besatzungszonen allen voran die USA – ein besonderes Gewicht auf das Bildungswesen, damit Militarismus und aggressiver Nationalismus sowie Führer- und Gefolgschaftsdenken überwunden und eine demokratische Ordnung wiedererrichtet werden konnten.

Zu diesem Thema sind Quellen im Archiv des Marner Gymnasiums erhalten geblieben, die Aufschluss über die Umsetzung dieser Zielsetzung vor Ort ermöglichen. In einem Aktenordner zu einem ganz anderen Thema ist am Ende ein Bericht des Leitenden Studienrats der Marner Oberschule, Oberstudienrat Köster, über die Tagung „Neue Wege der Erziehung zum Staat" vom 2. Oktober 1946 in Meldorf abgeheftet worden, an der neben einigen wenigen Volksschullehrern die Kollegien der Marner und Meldorfer Oberschulen teilnahmen. In dem gleichen Ordner enthalten sind ebenso die vollständigen Texte von drei der vier gehaltenen Vorträge.[1] Lehrer der Meldorfer Gelehrtenschule sprachen über „Demokratie im Altertum", „Aufzeigung demokratischer Regierungsformen von den frühgermanischen Staatsgebilden bis zum Mittelalter" und – dieser Text ist leider nicht erhalten – über „Erziehung zum Staat an den preußischen höheren Schulen nach 1918". Der vierte auf die aktuelle Situation 1946 eingehende Vortrag über „Staatsbürgerliche Erziehung und Geschichtsunterricht im neuen Staat", den Studienrat Ernst Voigt von der Oberschule Marne hielt, soll vor dem biografischen Hintergrund Voigts in diesem Aufsatz eingehend vorgestellt und analysiert werden. Welche Vorstellungen entwickelte 1946 der 36-jährige Voigt nach seinen Erfahrungen in der Weimarer Republik und in der NS-Zeit für die zukünftige Entwicklung? Entsprachen diese seinem späteren Verhalten als Lehrer und wie engagierte er sich in der neuen politischen Ordnung?

Die Tagung war mit folgender Begründung durch einen Erlass der Zentralabteilung des Amtes für Volksbildung vom 27. August 1946 angeordnet worden: „Bei der Erziehung des deutschen Volkes zu demokratischem Denken, Wollen und Handeln fällt der Schule ein wesentlicher Anteil zu … Soll eine fruchtbare Arbeit auf der ganzen Linie einsetzen, so bedarf es dazu der Anregungen, der Aussprache und des Austausches von Gedanken und Erfahrungen."[2] Dezentral wegen der Verkehrs-und Unterkunftssituation sollten in Schleswig-Holstein vom 2.-4. Oktober 1946 in den vier

1 Vgl. Archiv des Gymnasiums Marne, Aktenordner F 1, Schriftverkehr zur Einführung der Studienstufe.
2 Der Erlass ist im Aktenbestand erhalten in: Archiv des Dithmarscher Landesmuseums (ADLM), Schul- und Kulturamt des Kreises Dithmarschen, SuK 123: Politische Bildung an Schulen 1946-1970. Herrn Schrum danke ich für seine intensive und geduldige Unterstützung. Im Landesarchiv Schleswig-Holstein gibt es keine Unterlagen zur Tagung.

Lehrerkollegium des Marner Gymnasiums um 1964. In der zweiten Reihe in der Mitte steht Ernst Voigt – markantes Erkennungsmerkmal die schwarze Hornbrille. Quelle: Unbekannter Privatbesitz.

Stadtkreisen und an allen Orten mit Sitz einer Kreisverwaltung Tagungen stattfinden. Schulräte und Schulleiter hatten bei der Organisation „völlig freie Hand." Empfohlen wurde nach den Vorträgen ausgiebig Raum für Aussprachen vorzusehen, Lehrproben abzuhalten und auch Männer und Frauen des öffentlichen Lebens mit heranzuziehen. Das Programm der Tagung war in zweifacher deutscher und dreifacher englischer Anfertigung spätestens acht Tage vor Beginn der Tagung bei der Zentralabteilung des Amtes für Volksbildung einzureichen.[3]

Zunächst soll daher der Blick auf die (schul-)politische Situation 1945/1946 in Schleswig-Holstein und danach speziell in Dithmarschen gerichtet werden. Wie gestaltete sich nach Kriegsende der Wiederaufbau des demokratischen Schulwesens vor folgendem Hintergrund: In der ehemaligen preußischen Provinz Schleswig-Holstein war schon bei der Reichstagswahl im Juli 1932 Schleswig-Holstein mit 51,1 Prozent der einzige Wahlkreis mit absoluter Mehrheit der NSDAP. In Süderdithmarschen (59,8 Prozent) und in Norderdithmarschen (68,4 Prozent) erzielte die NSDAP im reichsweiten Vergleich (37,3 Prozent) sehr hohe Stimmenanteile.[4] In dieser frühen Aufstiegsregion des Nationalsozialismus war die Herausforderung ein demokratisches Schulwesen zu schaffen – institutionell und personell – daher besonders groß.

2. Die Schaffung der neuen (schul-)politischen Ordnung 1945/46. Die Siegermächte machten das Schulwesen für das gesellschaftliche Selbstver-

3 Vgl. den Erlass in Anm. 2.

4 Vgl. Verein für Dithmarscher Landeskunde (Hrsg.): Geschichte Dithmarschens. Das 20. Jahrhundert, Heide 2013, S. 14f.

ständnis in Deutschland mitverantwortlich und stellten damit das Bildungswesen eines Staates zur Disposition – ein Vorgang, den es in der Geschichte so noch nicht gegeben hatte.[5] Die USA, Großbritannien und die Sowjetunion hatten sich auf der Potsdamer Konferenz für den Bildungsbereich auf eine von den USA eingebrachte Formulierung geeinigt, dass „das Erziehungswesen in Deutschland so überwacht werden" müsse, „dass die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird." Das deutsche Volk solle nicht „vernichtet oder versklavt" werden, sondern ihm solle die Möglichkeit gegeben werden, „sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen."[6] Weitere Festlegungen wurden nicht getroffen. Ausdeutung und Umsetzung dieser Formulierungen lagen in den Händen der jeweiligen Besatzungsmacht.[7]

Während die Sowjetunion den Nationalsozialismus als Herrschaftsvariante des Monopolkapitalismus sah und daher die Umgestaltung des Bildungssystems als politisch-strategische Aufgabe anging, führten die Westmächte den Nationalsozialismus und seine Verbrechen eher auf eine historisch gewachsene Mentalität zurück, die sich von den anderen Ländern der Völkergemeinschaft unterschied, und betonten den moralischen Auftrag zur Veränderung. Die USA und Großbritannien sprachen daher von „Re-education", ein Begriff, der vor dem Krieg nur in der amerikanischen Psychologie verwendet wurde.[8]

Auch in der britischen Zone ging die Schulpolitik der Besatzungsmacht anfangs vom Begriff der „Re-education" aus. Das englische Wort „education" bedeutet sowohl Erziehung als auch Bildung und schließt den Aspekt des unübersetzbaren deutschen Begriffs Kultur mit ein. Die Briten vermieden aber früher als die Amerikaner den Begriff „re-education", weil die deutsche Übersetzung „Umerziehung" nur schwer von den Deutschen akzeptiert wurde, Abwehrreaktionen auslöste, aber auch Entlastungsstrategien eröffnete im Zusammenhang mit der Diskussion um Schuld und Verantwortung.[9] Die Bearbeitung von Schulangelegenheiten lag in den Händen weniger Erziehungsoffiziere. Nachdem vergeblich die Vizekanzler der Universitäten Oxford, Cambridge und London gefragt worden waren,[10] leitete ein Schulinspektor aus Bedfordshire, Donald Charles Riddy (1907-1979), von 1944-1947 die britische Erziehungsabteilung (education branch) der britischen Militärregierung im besetzten Deutschland, die seit dem 10. August 1944 bestand und die die britische „educational policy" plante und vorbereitete.

Auch für Riddy lagen die Wurzeln des Nationalsozialismus im Schulwesen; das Erziehungsziel sollte die Teilhabe an einem friedlichen und demokratischen Europa sein; der organisierte Unterricht sollte die autonome Persönlichkeit mit eigenverantwortlichem Denken und Zivilcourage fördern.[11] In einem Redemanuskript vom März 1945 hatte Riddy als Besatzungsziel die Auslöschung des Nationalsozialismus genannt. Es dürfe nie wieder eine Gefährdung des

5 Vgl. Geißler, Gert: Schulgeschichte in Deutschland. Von den Anfängen bis in die Gegenwart, Frankfurt/M. 2011, S. 670f.

6 Zit. n. Auszug aus der amtlichen Verlautbarung über die Konferenz von Potsdam 2. August 1945, in: Hans-Jörg Ruhl (Hrsg.): Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, München 1982, S. 113, 115.

7 Vgl. Geißler (Anm. 5), S. 645.

8 Vgl. Gagel, Walter: Der lange Weg zur demokratischen Schulkultur. Politische Bildung in den fünfziger und sechziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 45 (2002), S. 6-16, hier S. 6.

9 Vgl. Benz, Wolfgang: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949, in: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 22, 10. Aufl., Stuttgart 2009, S. 120f.; Erdmann, Karl Dietrich: Die Zeit der Weltkriege, in Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4, 2. Teilbd., 9. Aufl., Stuttgart 1976, S. 734.

10 Vgl. Koszyk, Kurt: „Umerziehung" der Deutschen aus britischer Sicht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 29 (1978), S. 3-12, hier S. 10.

11 Vgl. Lutzebäck, Rolf: Die Bildungspolitik der Britischen Militärregierung im Spannungsfeld zwischen „education" und „reeducation" in ihrer Besatzungszone, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg in den Jahren 1945-1947, Frankfurt/M. 1991, S. 12-16.

Weltfriedens von Deutschland ausgehen und es gelte Umstände zu schaffen, aus denen anständige Deutsche hervorgehen könnten. Als Voraussetzungen für die Wiedereröffnung der Schulen zählte er die Beseitigung der NS-Verwaltung, die Entlassung der Lehrer, adäquate Schulgebäude und ausreichendes Lehr-und Lernmaterial auf.[12]

Schon am 10. Mai 1945 setzte Riddy den 1. Oktober als Zieldatum für die Wiedereröffnung der Schulen fest. Bis Ende 1945 wurden tatsächlich bereits 80 Prozent der schulpflichtigen Kinder[13] wieder unterrichtet: durch Kriegs-und Fluchterlebnisse traumatisierte Kinder, mit schlechtem Gesundheitszustand (vor allem Hautkrankheiten, Tuberkulose), Ernährungsdefiziten, mangelhaftem Schuhwerk, unzureichender Kleidung, fehlendem Schreibmaterial und aufgrund von Gefangenschaft und Flucht aus brüchigen Familienverhältnissen kommend. Für die Flüchtlingskinder war die Schule die erste Integrationsinstanz am neuen Wohnort.[14]

Leiter der Zentralabteilung für die Schulaufsicht im Amt für Volksbildung in Schleswig-Holstein wurde 1946 Dr. Fritz Teichert, der von 1923-1925 die Deutsche Schule im Aufbau in Kappeln und von 1925-1933 die Staatliche Bildungsanstalt in Plön geleitet hatte, die sich besonders der staatsbürgerlichen und der musischen Erziehung verpflichtet fühlte. 1930 hatte sich Teichert mit Schülern und deren verbotener Mitgliedschaft im NS-Schülerbund auseinandersetzen und jüdische Schüler schützen müssen. Am 20. April 1933 waren die Kadettenanstalten in Plön, Köslin und Potsdam per Erlass in „Nationalpolitische Erziehungsanstalten" (Napola) umgewandelt worden. Teichert hatte aus der Zeitung von seiner Absetzung als Direktor erfahren, er war danach Studienrat an der Kieler Gelehrtenschule.[15] Nach 1945 leitete er zunächst das Studienseminar in Lübeck.[16] Leitender Beamte der Schulaufsichtsbehörde für die Oberschulen im Landesamt wurde der Anglist und Kieler Studienrat Carl Möhlmann, der in der NS-Zeit für die Kinder der Kieler Schulen mit der schulischen Leitung der Kinderlandverschickung der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) beauftragt worden war.[17]

Das Landesamt für Volksbildung wurde politisch geleitet von Wilhelm Kuklinski (SPD), der vom am 26. Februar 1946 eröffneten beratenden Provinzialausschuss, dem sogenannten Ersten ernannten Schleswig-Holsteinischen Provinziallandtag, zum Vorsitzenden des Hauptausschusses für Volksbildung gewählt worden war. Zu den Mitbegründern der Kieler Arbeiterjugend gehörend hatte er als Parteisekretär für Jugend und Bildung (1921-1926) gearbeitet. 1933 war er aus seiner beruflichen Position beim Hamburger Arbeitsamt entlassen worden, hatte sein Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften abbrechen müssen und war politisch verfolgt worden. Die britische Militärregierung schätzte ihn wegen seiner politischen Integrität, seiner langen Parteimitgliedschaft und wegen seiner herausragenden politischen Stellung als Vorsitzender des SPD-Bezirksverbandes Schleswig-Holstein. Er hatte die SPD-Fraktion im Ersten ernannten Landtag geleitet, gab deren Vorsitz aber bereits kurze Zeit

12 Vgl. ebd., S. 71f.

13 Vgl. Jürgensen, Kurt: Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg, Kontinuität und Wandel, In: Lange, Ulrich (Hrsg.): Geschichte Schleswig-Holsteins, Neumünster 1996, S. 591-658, hier S. 601.

14 Vgl. Lutzebäck (Anm. 11), S. 66; Geißler (Anm. 5), S. 646-648.

15 Biographische Angaben nach Weimar, Wolfgang: Geschichte des Gymnasiums in Schleswig-Holstein, Rendsburg o.J. (1987), S. 100 f. Lutzebäck (Anm. 11), S. 383. Zur „Nationalpolitischen Erziehungsanstalt" Plön vgl.: Danker, Uwe/Schwabe, Astrid: Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, Neumünster 2005, S. 63.

16 Vgl. Jürgensen, Kurt: Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein. Der Aufbau der demokratischen Ordnung in Schleswig-Holstein während der britischen Besatzungszeit 1945-1949, 2. Aufl., Neumünster 1998, S. 42.

17 Vgl. Weimar (Anm. 15), S. 112; Lutzebäck (Anm. 11), S. 382.

später wieder ab, als er am 6. Mai 1946 zum Stellvertreter des Oberpräsidenten Steltzer vorgeschlagen wurde.[18] Mit Andreas Gayk, Bürgermeister in Kiel, und dem Geschäftsführer der Kieler Gewerkschaft Bruno Diekmann gehörte Kuklinski zu den führenden Sozialdemokraten, die schon in der Weimarer Republik politisch aktiv gewesen waren. Kuklinski, ab 11. April 1946 Vorsitzender des Hauptausschusses für Volksbildung, war ab Juni 1946 einer der sieben Hauptausschussvorsitzenden (3 CDU, 3 SPD, 1 KPD) und im 1. Kabinett Steltzer (11. April-22. November 1946) ehrenamtlicher Minister, der die Verwaltungsämter kontrollieren und politisch führen sollte.[19] Das war noch keine klare Trennung von Verwaltung und politischer Aufgabe. Diese erfolgte erst mit dem Zweiten ernannten Landtag, der am 2. Dezember 1946 eröffnet wurde. Im 2. Kabinett Steltzer wurden die Ämter zu Ministerien, und die Minister übernahmen (seit Dezember 1946) die politische Verantwortung für die Verwaltungsarbeit in ihrem jeweiligen Ressort.[20] Jedes Kabinettsmitglied gehörte einer politischen Partei an und hatte ein Mandat im Landtag.

Kuklinski war von 1946-1949 stellvertretender Ministerpräsident und Landesminister für Volksbildung.[21] Der bereits erwähnte Landesdirektor Dr. Teichert übernahm die Leitung des Amts für Volksbildung[22] und Möhlmann von Mitte 1945 bis 1959 die Abteilung für das Höhere Schulwesen im ab 1951 so bezeichneten Kultusministerium.[23] Mit dem Aufbau der Bildungsverwaltung waren also Personen betraut, die in der NS-Zeit ihre Stellung verloren hatten, benachteiligt oder verfolgt worden waren. Das galt auch für Theodor Steltzer, der vom 1. September bis 15. November 1945 Landrat des Kreises Rendsburg gewesen war, ein Amt, das er schon in der Weimarer Republik von 1920-1933 innegehabt hatte. In dieser Zeit hatte er unter anderem ein Netz von Heimvolkshochschulen aufgebaut, die sich für die demokratische Ordnung der neuen Republik engagiert hatten. 1933 wurde er aus dem Amt entlassen. Ab 1941 hatte Steltzer Beziehungen zur Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises, nach deren Plänen ihm die Stellung eines Landesverwesers für Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg zugedacht war. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 wurde er verhaftet und zum Tode verurteilt. Durch Fürsprache aus Skandinavien wurde die Vollstreckung ausgesetzt und Steltzer am 25. April 1945 entlassen.[24]

Steltzer löste ab 15. November 1945 den bisherigen kommissarischen Oberpräsidenten Dr. Otto Hoevermann (14. Mai – 15. November 1945) ab. Die Personalie Hoevermann verdeutlicht die Schwierigkeiten, geeignete und unbelastete Personen zu finden. Britisches Interesse war von Anfang an, eine funktionierende Verwaltung zu erhalten. Deshalb hatten sie den bisherigen Leiter der Allgemeinen Abteilung im bisherigen Oberpräsidium der Provinz Dr. Hoevermann trotz seiner NSDAP-Mitgliedschaft am 14. Mai 1945 zum kommissarischen Oberpräsidenten der Provinz ernannt. Die Personalpolitik Hoevermanns belastete aber das Verhältnis zu Dänemark,

18 Vgl. Martens, Holger: Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Schleswig-Holstein 1945 bis 1959, Bd. 2, Malente 1998, S. 338, 554; Seggern, Jessica von: Alte und neue Demokraten in Schleswig-Holstein. Demokratisierung und Neubildung einer politischen Elite auf Kreis- und Landesebene 1945-1950, München 2005, S. 180.
19 Vgl. Jürgensen (Anm. 13), S. 605, 612.
20 Vgl. die Strukturpläne II und III zur politischen Struktur Schleswig-Holsteins 1945-1947 in: Jürgensen, Kurt: Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg, Neumünster 1969, S. 83.
21 Vgl. Martens (Anm. 18), S. 554.
22 Vgl. Jürgensen (Anm. 20), S. 83.
23 Vgl. Weimar (Anm. 15), S. 112.
24 Vgl. Alberts, Klaus: Theodor Steltzer. Szenarien eines Lebens, Heide 2009, S. 43-51; Seggern (Anm. 18), S. 199; Danker/Schwabe (Anm. 15), S. 162

und seine Stellenpolitik in Kiel und Lübeck bot Angriffspunkte. Seine geplante Ernennung zum Kurator der Christian-Albrechts-Universität wurde von der Militäradministration auf Zonenebene abgelehnt, weil man zweifelte, dass mit Hoevermann die „Zerstörung des Nationalismus"[25] im Bildungsbereich gelänge.

Vom 15. November 1945 bis zum 22. August 1946 war Theodor Steltzer kommissarischer Oberpräsident in der ehemaligen Provinz Schleswig-Holstein. Er war von der britischen Militärregierung beauftragt worden, eine einheitliche Landesverwaltung zu schaffen, denn Schleswig-Holstein war bis 1945 zugleich Provinz und Regierungsbezirk gewesen. Der von Steltzer vorgelegte Neuordnungsplan sah vor, die bisherige dreigliedrige preußische Provinzialordnung von 1867 mit den Verwaltungsebenen Oberpräsidium (z.B. zuständig für das Höhere Schulwesen), dem Regierungspräsidium (z.B. zuständig für das Volks-und Mittelschulwesen) sowie der Provinzialverwaltung zusammenzulegen, das unklare Verhältnis der Verwaltungskompetenzen zwischen den preußischen Zentralbehörden in der Provinz Schleswig-Holstein zu beseitigen und die Landesämter, darunter das für Volksbildung, einzurichten.[26] Nach dem Blick auf die landesweiten Entwicklungen ist zur Einordnung und zur Bedeutung der Tagung nun noch der Blick auf die Schulorganisation vor Ort in Dithmarschen zu richten.

3. Die schulische Situation in Dithmarschen 1945/46. Schulpolitik hieß 1945 zuerst Beseitigung von Kriegsfolgen und materieller Wiederaufbau des Schulbetriebs.[27] Schulgebäude in Dithmarschen waren zwar nicht zerstört worden, aber durch die Nutzung der Gebäude als Lazarette war Schulinventar (Möbel, Sammlungen) verlorengegangen.[28] Das Gebäude der Meldorfer Gelehrtenschule (MGS), das schon vor 1939 durch einen Neubau ersetzt werden sollte, war angesichts der hohen Schülerzahlen zu klein. Am 3. Mai 1945 war durch Konferenzbeschluss der Schulbetrieb eingestellt worden. Das Gebäude der MGS hatte seit dem 31. Januar 1945 nicht mehr beheizt werden können. In Aushilfsräumen des Finanzamts, des Bürgermeisteramts und in der Kohlfabrik wurde fortan unterrichtet, während im Schulgebäude Flüchtlinge und Verwundete vorübergehend untergebracht wurden. Die Eröffnungsfeier in Meldorf konnte dann schließlich am Samstag, 5. Januar 1946, in den alten Räumlichkeiten stattfinden, der Unterricht begann am darauffolgenden Montag.[29]

Der Schulbetrieb der Oberschule in Marne wurde am 18. Januar 1946 wieder aufgenommen. Die Eröffnungsfeier musste im Lichtspieltheater „Capitol" stattfinden, weil das Schulgebäude noch bis Juli 1946 Lazarett war. Bei der Eröffnungsveranstaltung waren ein Vertreter der Militärregierung, Oberschulrat Möhlmann, Landrat Dr. Henningsen und Bürgermeister Dempzin anwesend. Sechs Lehrer unterrichteten anfangs 343 Schüler in der Mädchenschule am alten Kirchhof an nur drei Tagen. Nach den Sommerferien konnte das Gebäude in der Plambeckstraße wieder genutzt werden. Wände, Böden, Beleuchtung hatten unter der Benutzung als Lazarett gelitten;

25 Zit. n. Martens, Holger: Hoevermanns Berufung war ein Fehler. Die britische Militärregierung korrigiert die Besetzung des Oberpräsidentenamtes, in: Demokratische Geschichte. Jahrbuch für Schleswig-Holstein 12 (1999), S. 191-205, hier S. 199.

26 Jürgensen (Anm. 16), S. 39f.

27 Vgl. Geißler (Anm. 5), S. 646; Einen Überblick über den Zustand der 44 Gebäude und zu den Zeitpunkten der Wiederaufnahme des Unterrichts an den Gymnasien gibt Weimar (Anm. 15), S. 109f. und 114f.

28 Vgl. die Anzeige vom 5. Juli 1946 zum Wiederbezug des Gebäudes in der Plambeckstraße in: Archiv Skatclubmuseum Marne, Anzeigenanhang der Marner Zeitung.

29 Vgl. Lambrecht, Peter; Landgraf, Henning; Schulz, Willy (Hrsg.): Meldorfer Gelehrtenschule 1540-1990, Heide 1990, S. 281, 284f.

Der Oberpräsident
der Provinz Schleswig-Holstein
SP II No. 100 b Höh. Schulw

Kiel, den 24. Dezember 1945

4 b

Eingegangen am 2/I 1946
Tgb. Nr. 1
Bericht bis / 192
Erledigt am / 192
Mitzeichnung Abt. Nr.

An die Oberschule für Jungen

M e l d o r f

Auf Anordnung der Militärregierung wird die Oberschule in Meldorf, am Sonnabend, den 5. Januar 1946, um 11 Uhr, mit einer Schulfeier eröffnet. Ich bitte Sie, ein Programm auszuarbeiten, das etwa folgendermaßen verlaufen kann:

1.) Musik, möglichst von Schüler oder Lehrer
2.) Gesang eines Chorals, evtl. Schülerchor
3.) Ansprache des Regierungsdirektors
4.) Ansprache des Vertreters der britischen Provinzial Regierung, Cpt. Prince
5.) Kurze Erwiderung des Schulleiters(Dank und Verpflichtung den Richtlinien gemäß, die Schule zu leiten)
6.) Musik
7.) Gemeinsames Lied.

Zwischen 2.) und 3.) kann auch noch ein Psalm verlesen werden.

Im Auftrage:

Möhlmann

Mitteilung des Leiters der Schulaufsicht für die Oberschule Möhlmann an die Oberschule für Jungen in Meldorf über die bevorstehende Wiedereröffnung der Schule durch die Militärregierung vom 24. Dezember 1945.Quelle: Meldorfer Gelehrtenschule (Anm. 29), S. 285.

Verbesserungen gab es aber auch: neu eingebaute Doppelfenster, Waschbecken in jedem Klassenraum und eine überholte Heizungsanlage.[30]

Die Zulassung der Lehrkräfte durch die Militärregierung erfolgte nur langsam und spärlich. Auch in Meldorf hatten sechs Lehrkräfte am 20. Oktober 1945 eine noch vom Oberpräsidium ausgesprochene Unterrichtserlaubnis erhalten. Die als unbelastet eingestuften und zugelassenen Lehrer waren bis zur Aufnahme des Unterrichts damit beschäftigt, Lehrbücher auf ihren Einsatz durchzusehen und nationalsozialistische Inhalte auszusortieren. Außerdem wurden alle in der NS-Zeit an Schüler ausgeliehenen Schulbücher zurückgefordert.[31]

NS-Schulbücher und Lehrhilfen zu entfernen war einfach, geeignetes und ausreichendes Lehr- und Lernmaterial bereitzustellen schon schwieriger, denn auch der Rückgriff auf Unterrichtsmaterialien aus der Weimarer Republik, soweit noch vorhanden, konnte problematisch sein, weil die Revision der schon im Kaiserreich benutzten Schulbücher in der Weimarer Republik nicht konsequent umgesetzt worden war. Neue Lehrpläne und Lehrbücher waren erst 1937/38 herausgekommen.[32]

Die sechs zugelassenen Lehrer in Meldorf waren Arthur Herzberg, Mitglied der NSDAP seit April 1937, ohne Funktion oder andere Mitgliedschaften,[33] Johann Köster, Mitglied seit Mitte 1938, 1935 aus dem Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) ausge-

30 Vgl. Beber, Oskar: Marne im Wandel der Zeiten, Marne 1954, S. 102-105.
31 Vgl. ADLM, Amtliche Bekanntmachungen, 1. Jahrgang, Nr. 21 vom 8. November 1945; Meldorfer Gelehrtenschule (Anm. 29), S. 284f.
32 Meldorfer Gelehrtenschule (Anm. 29), S. 264; Lutzebäck (Anm. 11), S. 74.
33 Vgl. LASH Abt. 460.16, Nr. 264, Geschäftszeichen E 671.

Aufforderung der Britischen Militärregierung an alle Schüler der MGS zur Rückgabe aller Schulbücher aus der NS-Zeit vom 7. November 1945.Quelle: ADLM, Amtliche Bekanntmachungen, 1. Jahrgang, Nr. 21 vom 8. November 1945.

Höheres Schulwesen

Die am 25. Oktober 1945 veröffentlichte Verfügung für Kriegsteilnehmer betr. Einrichtung von Sonderkursen für Schüler, die die Schule mit Vorsemesterbescheinigung bezw. Vermerk oder Bescheinigung für Sonderlehrgänge oder mit Reifebescheinigung, gültig Ostern 1946, verlassen haben, **ist aufgehoben.**

Bei Wiedereröffnung der Schulen müssen die betr. Schüler in die Klasse zurück, aus der sie abgegangen sind.

Schüler mit Reifevermerk, die von der Universität Kiel zu einem Eingangssemester nicht zugelassen sind, müssen sich bis zum 12. November bei mir melden.

Anschrift: Harder, Oberstudienrat, Marktstr. 4, Meldorf.

Auf Anordnung der Britischen Militärregierung sind alle an die Schüler ausgeliehenen Bücher, die aus der Nazi-Zeit stammen, **umgehend** von den Schülern in der Bücherei der Oberschule abzuliefern, und zwar morgens zwischen 10 bis 12 Uhr.

Meldorf, den 7. November 1945.

Meldorfer Gelehrtenschule

schlossen und Ausbilder im Reichsluftschutzbund,[34] Ewald Harder,[35] Gertrud v. Hassel, Mitglied seit Sommer 1935 und im NSLB,[36] Johanna Schnackenberg, die nur angeben konnte, dass sie, ehe sie nach Meldorf kam, von 1935 bis 1937 Untergausportwartin in Kiel im Bund Deutscher Mädel (BDM) gewesen war[37] und Dr. Walter Jensen, der nicht Mitglied der NSDAP geworden war.[38] Von diesen sechs Lehrern hatte einer noch im Kaiserreich seine Ausbildung erhalten, zwei in der Zeit der Weimarer Republik; einer hatte am Ende der Weimarer Republik studiert und war in der Anfangsphase der NS-Zeit ausgebildet worden, zwei hatten bereits in der NS-Zeit studiert. Diese kleine Gruppe von Lehrkräften wurde seit Anfang 1946 sehr schnell ergänzt durch Lehrer, die als Flüchtlinge nach Dithmarschen gekommen waren – in Meldorf waren dies neun – und nicht nach Ost- oder Westpreußen, Berlin, Mecklenburg oder Sachsen zurückkehren konnten oder wollten.

1946 war das Jahr der „Leitenden Studienräte": In der Regel wurden mit der Leitung der Schule die dienstältesten Lehrer beauftragt.[39] Sie waren geprägt von Schule und Ausbildung im Kaiserreich und der Teilnahme am Ersten Weltkrieg, hatten die Weimarer Demokratie mitgemacht, ohne dass sie diese unterstützt haben mussten, und hatten versucht, angepasst die NS-Zeit zu überstehen. Oberstudiendirektor Heinrich Hoppe[40] leitete die Marner Oberschule von 1935 bis 1959. Er konnte noch den Wiederbezug der Schule im Juli 1946 anzeigen, ehe er vorübergehend durch Oberstudienrat Köster ersetzt wurde, der von 1916 bis 1939 in Meldorf unterrichtet hatte und nach Marne versetzt worden war, weil dort ein Lateinlehrer fehlte.[41]

34 Vgl. LASH Abt. 460.16, Nr. 282, Geschäftszeichen V 1561.

35 Vgl. Meldorfer Gelehrtenschule (Anm. 29), S. 351, Anm. 82; LASH Abt. 460.16, Nr. 236.

36 Vgl. LASH Abt. 460.16, Nr. 263, Geschäftszeichen E 602.

37 Vgl. LASH Abt. 460.16, Nr. 273, Geschäftszeichen V 1124. Herrn Schoen danke ich für das Heraussuchen der Unterlagen. Die Angaben sind jeweils dem Politischen Fragebogen von 1948 entnommen.

38 Vgl. ADLM, Mitgliedergrundbuch der NSDAP; Meldorfer Gelehrtenschule (Anm. 29), S. 322, Nr. 168. Auch die folgenden Angaben beruhen auf der Lehrerübersicht ebd., S. 321-323.

39 Vgl. Weimar (Anm. 15), S. 111.

40 Hoppe war seit 1937 Mitglied der NSDAP, ferner Mitglied des NSLB 1933-1945, des Reichskolonialbundes seit 1937, des Reichsluftschutzbundes seit 1934 und des Vereins für das Deutschtum im Ausland seit 1936. Nach den Vorschriften des Gesetzes zur Fortführung und zum Abschluss der Entnazifizierung wurde er in Kategorie V (Entlastete) eingestuft. Mit 6:1 Stimmen befürwortete der Ausschuss seine Wiedereinsetzung. Vgl. LASH Abt. 460.16, Nr. 5.

41 Zu Köster vgl.: Mitteilungsheft der Vereinigung ehemaliger Schüler und Lehrer der Meldorfer Gelehrtenschule 5 (1963), S. 42f.

Oberstudienrat Harder, Altphilologe, unterrichtete von 1925 bis 1956 an der MGS. Er ersetzte 1941 den 1934 eingesetzten Dr. Heinrich Walther. Da der 1942 ursprünglich angekündigte Nachfolger für Walther seine Dienstgeschäfte nicht aufnehmen konnte, leitete Harder von 1941 bis1946 kommissarisch die Schule.[42] Harder war 1937 in die NSDAP eingetreten. In seiner Entnazifizierungsakte gab er weiter folgende Mitgliedschaften an: die NSV, den Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA), den Reichskolonialbund, die deutsche Jägerschaft, die Universitäts-Gesellschaft, die Nationalsozialistischen Kulturgemeinde (NSKG) und den NSLB. Aus diesem sei er ausgeschlossen worden, weil er nicht gleichzeitig aus dem Philologenverband ausgetreten sei, so seine Eigenangabe.[43] Die Mitgliedschaft im NSLB war zwischen Walther und den Lehrern, die schon seit der Weimarer Republik unterrichtet hatten, bis 1935 ein ständiger Konfliktpunkt gewesen, weil diese ihre Mitgliedschaft im Philologenverband behalten wollten. Bis 1935 galt das Urteil von NSDAP-Kreisleiter Matthiessen[44] : „Das Gymnasium hat uns nichts genützt"[45] – bezogen auf die Zeit des Aufstiegs der NSDAP und die ersten Jahre der NS-Zeit. 1939 gehörten acht der 15 Lehrer der NSDAP an.[46]

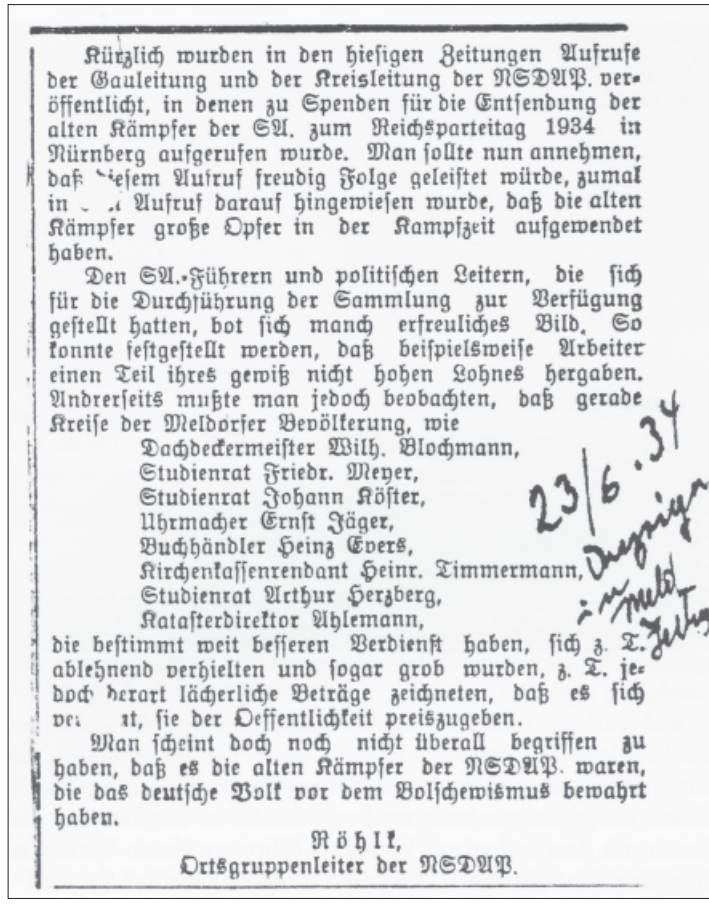
Fotografie von Oberstudienrat Ewald Harder, undatiert. Quelle: Meldorfer Gelehrtenschule (Anm. 29), S. 263.

Harder wurde nach der ersten Prüfung vom Juli 1945 als Oberstudienrat bestätigt. Anschließend beauftragte Landrat Henningsen ihn ab Ende 1945 damit, Jugendvereine im Bereich Sport zu bilden. Für diese Tätigkeit musste Harder von den Engländern noch einmal überprüft werden, denn Jugend und Sport standen unter besonderer Beobachtung der Engländer, weil nach der NS-Zeit auch der Sport in Deutschland entmilitarisiert und kontrolliert werden sollte. Seine Bestätigung als Schulleiter wurde im Zuge dieser Überprüfung zurückgenommen und er mit Wirkung vom 4. Februar 1946 seines Amtes enthoben. Nach Protesten von Kollegen und Eltern wurde Harder nach einem halben Jahr wieder als Studienrat eingestellt,[47] auch er hielt auf der noch näher zu betrachtenden Tagung ein Referat. Er kehrte 1951 nach Verabschiedung des Gesetzes zu Artikel 131 Grundgesetz, das die „Wiedereingliederung der Entlassenen und Verdrängten" in den öffentlichen Dienst sicherstellte,[48] in seine Position als Oberstudienrat zurück. Der Leitende Studienrat an der MGS wurde der seit 1919 unterrichtende Herzberg, der Harder am 14. Februar 1946 die Entlassungsurkunde aushändigte. Herzberg hatte zusammen mit Köster und einem weiteren Studienrat zu den acht Personen gehört, die 1934 vom Ortsgruppenleiter der NSDAP öffentlich in der Zeitung wegen mangelnder Spendenbereitschaft an den Pranger gestellt worden waren.[49] Er wurde am 5. September 1946 von Dr. Karl Körner abgelöst.[50]

Der kurze Einblick zeigt, dass Führungspositionen nur vorübergehend umbesetzt wurden und der tatsächliche Personalwechsel insgesamt nur gering ausfiel. Eine umfassende Entnazifizierung hätte die schnelle Aufnahme des Schulbetriebs erschwert.[51] Internierung, Entlassung, Überprüfung konnten Unbelasteten und weniger Belasteten einen Vorsprung bei der Besetzung von Stellen geben. Die

42 Für Einzelheiten zur MGS in der NS-Zeit vgl. Meldorfer Gelehrtenschule (Anm. 29), S. 246-268.
43 Vgl. LASH Abt. 460.16, Nr. 236.
44 Vgl. zu Kreisleiter Matthiessen: Lehmann, Sebastian: Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite, Bielefeld 2007, bes. S. 79, 89, 91, 95, 123, 145f., 379, 393, 404, 467f., 470.
45 Zit. n. Meldorfer Gelehrtenschule (Anm. 29), S. 348 Anm. 6.
46 Vgl. ADLM, Mitgliedergrundbuch der NSDAP; Meldorfer Gelehrtenschule (Anm. 29), S. 347.
47 Vgl. LASH 460.16, Nr. 236.
48 Vgl. Geißler (Anm. 5), S. 658.
49 Dithmarscher Landeszeitung Nr. 144 vom 23. Juni 1934, abgedruckt in: Meldorfer Gelehrtenschule (Anm. 29), S. 251.
50 Körner war nicht Mitglied der NSDAP oder einer der NSDAP angeschlossenen oder von ihr betreuten Organisationen respektive Verbände gewesen, vgl. die Angaben der Entnazifizierungsakte: LASH Abt. 460.16, Nr. 107, Geschäftszeichen N 2416.
51 Vgl. Benz (Anm. 9), S. 121.

Öffentliche Mitteilung des Ortsgruppenleiters der NSDAP, dass Personen – unter anderem Köster und Herzberg – zu wenig für die Fahrtkosten von Parteimitgliedern zum Reichsparteitag 1934 gespendet haben. Quelle: Anzeige aus Dithmarscher Landeszeitung, Nr. 144 vom 23. Juni 1934.



Kürzlich wurden in den hiesigen Zeitungen Aufrufe der Gauleitung und der Kreisleitung der NSDAP. veröffentlicht, in denen zu Spenden für die Entsendung der alten Kämpfer der SA. zum Reichsparteitag 1934 in Nürnberg aufgerufen wurde. Man sollte nun annehmen, daß diesem Aufruf freudig Folge geleistet würde, zumal in [illegible] Aufruf darauf hingewiesen wurde, daß die alten Kämpfer große Opfer in der Kampfzeit aufgewendet haben.

Den SA.-Führern und politischen Leitern, die sich für die Durchführung der Sammlung zur Verfügung gestellt hatten, bot sich manch erfreuliches Bild. So konnte festgestellt werden, daß beispielsweise Arbeiter einen Teil ihres gewiß nicht hohen Lohnes hergaben. Andrerseits mußte man jedoch beobachten, daß gerade Kreise der Meldorfer Bevölkerung, wie

Dachdeckermeister Wilh. Blochmann,
Studienrat Friedr. Meyer,
Studienrat Johann Köster,
Uhrmacher Ernst Jäger,
Buchhändler Heinz Evers,
Kirchenkassenrendant Heinr. Timmermann,
Studienrat Arthur Herzberg,
Katasterdirektor Ahlemann,

die bestimmt weit besseren Verdienst haben, sich z. T. ablehnend verhielten und sogar grob wurden, z. T. jedoch derart lächerliche Beträge zeichneten, daß es sich ver[illegible]t, sie der Oeffentlichkeit preiszugeben.

Man scheint doch noch nicht überall begriffen zu haben, daß es die alten Kämpfer der NSDAP. waren, die das deutsche Volk vor dem Bolschewismus bewahrt haben.

Röhlk,
Ortsgruppenleiter der NSDAP.

23/6.34 Dithmarscher Landeszeitung

Wiedereingliederung erfolgte zunächst noch unter der Kontrolle der Besatzungsmacht.[52] Doch durch die schnelle Wiederaufnahme des Schulbetriebs wurde zwangsläufig die Arbeit im bisherigen Schulsystem fortgesetzt und die in den Westzonen herkömmlich gegliederte Schulorganisation nicht angetastet. Eine grundlegende neue Schulorganisation wäre als umerziehende Besatzungspolitik wahrgenommen und wohl abgelehnt worden. Sie entsprach auch nicht der schultypenbezogenen Ausbildung der Lehrer und der jeweiligen schulfachlichen Kompetenz in der Bildungsverwaltung, auch wenn diese jetzt in einer Behörde gebündelt war.[53]

Am Beispiel Meldorfs lässt sich diese Kontinuität gut belegen: Der kommissarische Schulleiter Harder forderte bereits am 27. September 1945 Eltern auf, ihre Kinder an der MGS anzumelden, weil in den nächsten Wochen die Höheren Schulen auf Anordnung der Britischen Militärregierung eröffnet werden sollten. Und am 10. Januar 1946 wies er darauf hin, dass die MGS als altsprachliches Gymnasium geführt werden sollte. Schüler, die eine Oberschule besuchen wollten, wurden nach Marne oder Heide verwiesen.[54]

Wenn die äußeren Schulverhältnisse sich nicht ändern, gab es dann Ansätze für eine innere Schulreform? Zunächst waren sehr

52 Vgl. Jarausch, Konrad: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995, Bonn 2004, S. 75; Gaus-Bolm, Torsten: Das Gymnasium 1945-1980. Bildungsreform und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland, Göttingen 2005, S. 83.

53 Vgl. Geißler (Anm. 5), S. 664.

54 Vgl. die Anzeigen in: ADLM, Amtliche Bekanntmachungen, 1. Jahrgang, Nr. 15 vom 27. September 1945; ADLM, Amtliche Bekanntmachungen, 2. Jahrgang, Nr. 2 vom 10. Januar 1946.

An die Eltern
der Schüler der Meldorfer Gelehrtenschule!

Da auf Anordnung der Britischen Militärregierung in den nächsten Wochen die höheren Schulen Schleswig-Holsteins eröffnet werden, werden **sämtliche** Eltern aufgefordert, **sofort** schriftlich auf einer Karte ihre Kinder, die unsere Schule besuchen sollen, erneut anzumelden, und zwar mit folgenden Angaben:

1. Name, Vorname
2. Geburtsdatum, Geburtsort
3. Klasse, in der sie sich am 1. 5. 45 befanden
4. Wohnung

Anschrift: Oberstudienrat Harder, Meldorf, Marktstr. 4

Die Meldorfer Gelehrtenschule

Aufforderung des kom. Schulleiters Harder zur Anmeldung der Schüler an der MGS. Quelle: ADLM, Amtliche Bekanntmachungen, 1. Jahrgang, Nr. 15 vom 27. September 1945.

Höheres Schulwesen

Die Staatliche Oberschule zu Meldorf hat am 7. Januar 1946 ihren Unterricht wieder aufgenommen.

Die Schule wird wieder Gymnasium; von der künftigen Klasse 1 an wird nach dem gymnasialen Lehrplan unterrichtet werden. Neulinge, die nicht ein Gymnasium, sondern eine Oberschule besuchen wollen, müssen sich nach Marne oder Heide wenden. **Harder,** Oberstudienrat.

Mitteilung des kom. Schulleiters Harder, dass die Staatliche Oberschule in Meldorf Gymnasium wird.Quelle: ADLM, Amtliche Bekanntmachungen, 2. Jahrgang, Nr. 2 vom 10. Januar 1946.

praktische Fragen Thema auf einer Reihe von Konferenzen. Die erste dieser Schulreferentenkonferenzen fand auf Initiative der Britischen Militärregierung am 29./30. August 1945 in Hamburg statt. Aus Schleswig-Holstein nahm der Referent für das Höhere Schulwesen und die Erwachsenenbildung, Oberschulrat Möhlmann, teil. Noch stand die Wiedereröffnung der Schulen bevor. Der Schulbeginn sollte vom Herbst – „nie volkstümlich geworden" – wieder auf den Ostertermin gelegt werden. Das halbe Jahr längerer Unterricht werde „von den Eltern verstanden und von den Vertretern der Wirtschaft gewünscht". Es sollte eine Rückkehr zur „neunjährigen Höheren Schule mit den traditionellen Klassenbezeichnungen Prima bis Sexta" geben. Bei der Diskussion über die Bewertung von Schülerleistungen sollten, weil die Eltern an Ziffern gewöhnt, die Zensuren von 1 – 6 (6 in der NS-Zeit eingeführt) beibehalten werden bis zu einer allgemeinen Schulreform. Keine Rückkehr zu Ziffernzensuren sollte es geben bei der Beurteilung von Betragen, Fleiß, Aufmerksamkeit, sondern stattdessen das persönliche Gespräch gesucht werden.[55]

Die 2. Schulreferententagung vom 14.-17. November 1945 beschäftigte sich mit der Schulreform. Referent war ein Sozialdemokrat – 1930-1932 bereits preußischer Erziehungsminister –, der ab 1. August 1945 die Abteilung für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung im Oberpräsidium der Provinz Hannover leitete. Für diesen bedeutenden sozialdemokratischen Pädagogen und Bildungspolitiker

55 Zit. und dargestellt n. Lutzebäck (Anm. 11), S. 115f.

Adolf Grimme hatte die innere Schulreform Vorrang vor der Äußeren.[56] Auf der 3. Tagung vom 13.-15. März 1946 waren Teichert und Möhlmann vertreten. Gegenstand der Erörterung war, wie der Rechtsstaat in die Lehrpläne aufzunehmen sei: Der zukünftige Deutsche müsse als Europäer gebildet werden, durch Religion, soziales Gewissen und demokratische Gesinnung. Eine individuell verantwortliche Persönlichkeit sei das generelle Ziel. Die vierte Tagung – vor der Zusammenkunft in Meldorf – beschäftigte sich vom 24.-27. Juli 1946 mit der Frage der sechsjährigen Grundschule und der „seelisch-geistigen Lage der heutigen Schuljugend."[57]

Damit ist der historische Rahmen bis hin zur Tagung in Meldorf dargelegt worden, nun soll zunächst im Überblick auf die Referenten eingegangen werden, bevor das Referat von Voigt genauer betrachtet wird. Die Tagung am 2. Oktober 1946 in Meldorf fand zu Beginn des Übergangs von der direkten auf die indirekte britische Kontrolle im Erziehungsbereich statt.[58] Die Einladung des Amtes für Volksbildung zur Tagung über „Neue Wege der Erziehung zum Staat" am 2. Oktober 1946 ist dabei auch Ausweis für die neue Ordnung der Verwaltung, denn sie ist an die Lehrer der Oberschulen und der Volksschulen gemeinsam gerichtet gewesen. Letztere nahmen allerdings wegen der Verkehrsverhältnisse nicht an der Tagung teil. Die Linienbusse waren von den Berufstätigen beansprucht worden, einen Extrabus gab es wegen Benzinmangels nicht. Das fast vollständig anwesende Kollegium der Marner Oberschule musste umständlich mit der Bahn in die 17 Kilometer entfernte Kreisstadt Meldorf anreisen, Abfahrt morgens um 7 Uhr, Rückfahrt um 21 Uhr.[59]

Der Leitende Studienrat der Marner Oberschule, Oberstudienrat Köster, hob in seinem Bericht an das Amt für Volksbildung die Themen der Referate etwas an: Harder sprach nicht über „Demokratie im Altertum", sondern sein Text trug den Titel „Die Staatsgesinnung der Griechen". Er gab einen knappen Überblick über die Entwicklung der attischen Demokratie, um dann allerdings mit Platons Bild eines Idealstaates und der berühmten Maxime zu enden, dass das Elend des Menschengeschlechts nicht aufhören werde, ehe entweder die Philosophen zur politischen Macht gelangen oder die politischen Machthaber sich der Philosophie hingeben würden. Dieses Gedankenspiel eines Musterstaates war für die realen Verhältnisse 1945/46 wenig hilfreich und zeigte keinerlei kritische Prüfung des bisherigen persönlichen Verhaltens oder der gesellschaftlichen Verhältnisse im Nationalsozialismus auf.[60]

Der andere Referent, Däumler,[61] war ein Lehrer aus der Gruppe der Flüchtlinge, der – ausweislich des Berichtes von Köster – nicht über demokratische Regierungsformen von den frühgermanischen Staatsgebilden bis zum Mittelalter, sondern über „Demokratische Momente in der Geschichte des deutschen Mittelalters" sprach und diese an Beispielen der Begrenzung der monarchischen Macht zu belegen versuchte. Der vierte Referent, Dr. W. Jensen, dessen Text über „Erziehung zum Staat an den preußischen höheren Schulen nach 1918" nicht abgeheftet worden ist, unterrichtete seit 1935 an

56 Vgl. Erdmann (Anm. 9), S. 731f.

57 Zit. und dargestellt n. Lutzebäck (Anm. 11), S. 116-123.

58 Lutzebäck (Anm. 5), S. 34: Die vier Phasen britischer Erziehungskontrolle: 1. Planung und Vorbereitung 10. August 1944-11. Juni 1945; 2. direkte Kontrolle und Einwirkung vom Juni 1945 bis August 1945: Einsetzung zuverlässiger Schulpersonen in die lokalen Erziehungsbehörden; 3. Übergang der direkten auf die indirekte Kontrolle und Einmischung in den Erziehungsbereich bis Ende 1946; 4. indirekte Kontrolle und Einwirken bis 1949.

59 Vgl. Bericht von Schulleiter Johann Köster über die Tagung an das Amt für Volksbildung in: Archiv des Gymnasiums Marne, Aktenordner F 1: Schriftverkehr zur Einführung der Studienstufe.

60 Vgl. Denzer, Horst/Maier, Horst (Hrsg.): Klassiker des politischen Denkens. Bd. 1, 2 . Aufl., München 2004, S. 31. Zum altsprachlichen Unterricht an der MGS 1933-1945: Meldorfer Gelehrtenschule (Anm. 29), S. 262-264.

61 Vgl. Meldorfer Gelehrtenschule (Anm. 29), S. 323 Nr. 193.

der MGS, war nicht in der NSDAP und leistete ab 1939 Kriegsdienst. Er hatte am 20. Oktober 1945 seine Zulassung zum Unterrichten mit fünf anderen Kollegen erhalten[62] und sollte nach Aussagen Ehemaliger eigentlich die Funktion des Leitenden Studienrats an der MGS übernehmen, lehnte dies aber ab, weil er sich den organisatorischen Aufgaben nicht gewachsen fühlte.

Welche Vorstellungen entwickelte nun aber Ernst Voigt in seinem Referat „vom Untertanen und Obrigkeitsdiener zum Staatsbürger" und worauf bauten diese auf?

4. Das Referat Ernst Voigts auf der Tagung „Neue Wege der Erziehung zum Staat". Die Zielgruppe seiner Erziehungsarbeit waren Schüler, die ab 1943 als Luftwaffen- oder Marinehelfer zum Kriegsdienst herangezogen oder – wie die Geburtsjahrgänge 1928 und 1929 – die noch im Januar und März 1945 zum Kriegsdienst einberufen worden waren. Sie waren Teil der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung, die noch treu und loyal zum Regime standen, die daran beteiligt waren, den Friesenwall in Nordfriesland mit zu errichten oder die vielleicht Werwolf-Einheiten für den Partisanenkampf gebildet hätten, wie sie Meldorfs Bürgermeister Diekmann vorgehabt hatte. Diese Adressaten waren eine Generation, die von Hitler-Jugend, von Rassenlehre und Gehorsam geprägt war. Die nationalsozialistische Erziehung hatte den Anspruch gehabt, soziale Beziehungen zum Elternhaus und zur traditionellen Erziehungsarbeit der Schule zu zerstören. Ziel der politischen Bildung musste sein, jedem bisherigen totalitären Verfügungsanspruch entgegenzuwirken.[63] Welche Gedanken entwickelte Voigt vor dem Hintergrund dieser enormen Herausforderung?[64]

Voigt verweist einleitend auf die zeitbedingt schwierige schulische Situation: nur wenige Unterrichtsstunden seit der Wiederaufnahme des Unterrichts im Januar und ein Mangel an brauchbaren Lehrbüchern. Er folgert daraus, dass es nicht darauf ankomme, neue Wege der staatsbürgerlichen Erziehung aufzuzeigen, sondern anzuknüpfen an Erkenntnisse und Gedanken aus der Zeit vor 1933 und diese auf ihre aktuelle Brauchbarkeit zu prüfen. Auch für den oft geschmähten Geschichtsunterricht müssten die wissenschaftlichen Erkenntnisse und daran angelehnte Unterrichtsstoffe nicht neu gefasst werden, sondern man könne zurückzugreifen auf vorhandene Ergebnisse wissenschaftlicher und schulischer Arbeit aus der Weimarer Republik, die für die Zielsetzungen des Nationalsozialismus umgebogen und zurechtgebogen worden waren.[65]

Voigt nimmt fortan Bezug auf die 1919 erschienene Broschüre „Die deutsche Volkshochschule der Zukunft".[66] Damit will er verdeutlichen, dass er Parallelen sieht zwischen 1918 und 1945: der militärische und moralische Zusammenbruch eines Reiches und die Notwendigkeit eines demokratischen Neuanfangs. Das zeitgenössische Urteil des Autors Picht erscheint heute für die Situation 1918/19 in Breite und Tiefe eher weit übertrieben. Die Hinweise aber auf den „moralischen Zusammenbruch", dass es keinen „Kom-

62 Vgl. ADLM, Mitgliedergrundbuch der NSDAP; Meldorfer Gelehrtenschule (Anm. 29), S. 321ff.

63 Vgl. Füssl, Karl-Heinz: Die Umerziehung der Deutschen Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges 1945-1955, Paderborn u.a. 1994, S. 16f.

64 Vgl. Archiv des Gymnasiums Marne, Aktenordner F 1, Schriftverkehr zur Einführung der Studienstufe. Der Text des Vortrages umfasst 10 engzeilige Schreibmaschinenseiten. Die Vorträge von Harder (4 Seiten) und Däumler (6 Seiten) sind kürzer. Nur der Vortrag von Ernst Voigt wurde als Anlage zum Bericht über die Tagung nach Kiel geschickt. Fortlaufend werden Textstellen aus dem Referat Voigts mit Blattnummer und Zeilenangaben belegt.

65 Vgl. Blatt 1 Z. 1-27.

66 Im Vortragstext ist der Titel mit „Die deutsche Volksschule der Zukunft" falsch benannt. Der genaue Titel der Schrift lautet: „Die deutsche Volkshochschule der Zukunft", 1919 erschienen in Leipzig im Wissenschaftlichen Verlag Quelle und Meyer. Verfasser ist Dr. Werner Picht (1887-1965), der von 1919-1925 Volkshochschulreferent im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gewesen war. In der Weimarer Republik zählte er zu den Theoretikern der Erwachsenenbildung. Picht war Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei/Deutschen Staatspartei. Vgl. zur Biografie von Werner Picht die Kurzdarstellung auf der Website des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung. URL: https://www.die-bonn.de/Weiterbildung/Archive/Meta-Archiv/personen.aspx?per_id=997 (letzter Zugriff: 17.02.2021).

promiss zwischen Vergangenheit und Zukunft" geben könne und dass daher der Weg frei sei für eine demokratische Entwicklung trotz einiger Erschwernisse (Volkscharakter, Tradition, wirtschaftliche Notlage), haben Voigt wohl Parallelen zwischen den Kriegsenden 1918 und 1945 sehen lassen:

„Treffender könnte auch kein heutiger die Aufgabe unserer Zeit kennzeichnen, nämlich die Notwendigkeit der gründlichen Umerziehung und geistigen Umbildung des gesamten Volkes vom gehorsamen Untertanen und Obrigkeitsdiener zum freien, geistig selbständigen, auch von überholten Parteidoktrinen unabhängigen Staatsbürger."[67]

Die Schule habe „an erster Stelle" daran mitzuwirken, weil sie der noch „ungeformten jugendlichen Persönlichkeit" Allgemeinbildung und Entwicklung der Fähigkeit zur Aneignung weiteren Bildungsgutes vermittele und weil sie die Fähigkeit zu eigenem politischem Denken und staatsbürgerlichem Handeln entwickele. Die Demokratie setze einen Grad der allgemeinen Bildung voraus und die Schule lege die Grundlage dafür, dass „jeder normal befähigte Volksgenosse" selbstständig ein politisches Urteil fällen könne.[68]

Die Jugend sei tief enttäuscht. Ihre falschen Ideale seien zusammengebrochen, ihre Verführer hätten sie verraten. Sie stünden abwartend oder ablehnend den Fragen der Demokratie gegenüber, weil sie bislang nur ein Zerrbild des Weimarer Verfassungsstaates vermittelt bekommen hätten. Verschwiegen worden sei, dass die Schwäche des Weimarer Staates auf dem Mangel an staatsbürgerlicher Bildung in der Kaiserzeit und der außenpolitischen Isolierung nach dem ersten Weltkrieg beruhte. Ein demokratisches Deutschland müsste das Leben und die Beziehungen zu anderen Völkern besser gestalten. Für diesen Gedanken müsse die „skeptische Jugend" gewonnen werden.[69] Es könne sich bei der Erziehung zum Staat nur um den idealen Staat handeln, denn vom neuen Staat gebe es noch kein reales Bild. Der fehlende konkrete Verfassungsstaat erschwere die Aufgabe.[70]

Voigt bezieht sich hier auf Kerschensteiners Schrift „Staatsbürgerliche Erziehung der deutschen Jugend" aus dem Jahre 1901, die 1931 in 10. Auflage erschien und deren Inhalt die Diskussion um das Selbstverständnis der Staatsbürgerkunde in der Weimarer Republik bestimmte. Der Schlüsselsatz Kerschensteiners lautete, dass der Kern in der Erziehung zur richtigen Staatsgesinnung liege, die Kerschensteiner auf einen Staat bezog, den er den „sittlichen Kultur- und Rechtsstaat" nannte und der in der Realität nicht existierte. Auch 1946 fehlte ein bestehender staatlicher Ausgangspunkt mit realem Werteinhalt. Nach Kerschensteiner sollte die staatsbürgerliche Erziehung dazu führen, dass die Bürger durch ihre Tätigkeit ihren konkreten Verfassungsstaat dem fernen Ideal des sittlichen Gemeinwesens annähern.[71]

Voigt sah realistisch voraus, dass das der Jugend vorgestellte Idealbild angesichts der bestehenden politischen Verhältnisse auf Ablehnung stoßen werde: „Über diese Haltung der Jugend dürfen wir

67 Blatt 2 Z. 26-30.
68 Vgl. Blatt 2 Z. 33-45.
69 Vgl. Blatt 3 Z. 3-26.
70 Vgl. Blatt 3 Z. 29-41.
71 Vgl. Detjen, Joachim: Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland, 2. Aufl., München 2013, S. 59-63.

uns nicht wundern, denn wie oft vergessen doch schon die Erwachsenen, also angeblich politisch reife Menschen, daß die unendlich schwierigen Verhältnisse unseres Volkes heute, morgen und sicher auch noch übermorgen nicht auf das Konto des neuen, erst in den Anfängen sichtbaren demokratischen Deutschland gehen, sondern eben die verhängnisvollen Folgen der erst jüngst abgeschlossenen Katastrophenpolitik des dritten Reiches sind." Erwachsene sollten sich allerdings sowohl mit demagogischer Kritik an gestürzten NS-Größen - „da nachträglich gar zu billig" - als auch übertrieben angepasstem Verhalten zurückhalten.[72]

Jugend sei immer sehr kritisch gegenüber Erwachsenen eingestellt und sei dies 1946 mehr denn je. Gegen den Einwand, dass die Jugend in den vergangenen Jahren von dem Vorrecht, kritisch zu sein, nur wenig Gebrauch gemacht habe, verteidigt Voigt die Jugend. Die spärlich vorhandenen möglichen Wahrheitsquellen wie Eltern, Lehrer, Geistliche, Wissenschaftler oder „aufrecht gebliebene politische Köpfe der Weimarer Zeit" seien gegen die Jugend ausgespielt und „als Spießer oder Reaktionäre" gebrandmarkt worden.[73] Ähnlich billige Methoden in der Kritik der Zustände des „Dritten Reiches", wie sie der NS-Staat gegenüber dem Weimarer Staat angewandt hatte, sollten unterbleiben. Die misstrauisch gewordene Jugend könne nur für den neuen demokratischen Staatsgedanken gewonnen werden, wenn Sachlichkeit und die Achtung des gegnerischen Standpunktes Vorrang hätten. Die noch ablehnende Haltung beim älteren Teil der Jugend sei zu respektieren. Durch die größere Einsicht der politisch Reiferen und historisch besser Geschulten sollten sie allmählich überzeugt werden, um sie aus ihrer Oppositionsstellung herauszulösen.[74] Den Grund sah Voigt darin:

„Dabei möchte ich nochmals scharf betonen, daß unsere Jugend nicht nur deshalb oft in der Opposition steht, weil sie vielleicht noch ganz eng mit der Gedankenwelt des Nationalsozialismus verhaftet oder gar unlösbar verbunden wäre - die Erfahrung in zahlreichen Diskussionen mit unseren Primanern hat mir das Gegenteil gezeigt, daß die meisten mit Nationalismus und Militarismus längst innerlich fertig sind -, sondern hauptsächlich ist ihre Oppositionsstellung dadurch bedingt, daß sie uns Älteren eben mit einem gewissen Recht misstrauen."[75]

Die Lehrer müssten zunächst ihren eigenen Standort in Vergangenheit und Gegenwart genau festlegen, ehe sie sich an neue Aufgaben heranwagten und über Unterrichtsstoff und Methoden diskutierten. Angesichts der schon zahlreich eingetretenen Veränderungen seit der Niederlage sei es noch zu früh für Lehrpläne staatsbürgerlicher Erziehung. Der Gedanke staatsbürgerlichen Unterrichts müsste jeden Unterricht beherrschen: „Die Staatsbürgerkunde ist ein Bildungsprinzip, das alle Fächer durchdringen soll, ihre stoffliche Seite fällt im Wesentlichen dem Geschichtsunterricht zu."[76] Voigt sprach sich gegen die Einführung des neuen Faches Staatsbürgerkunde aus, weil damit bei Jugend und Elternschaft der Eindruck entstehen könnte, dass es der neue demokratische Staat nötig hätte, sich durch

72 Blatt 3 Z. 51-57.
73 Vgl. Blatt 4 Z. 8-20.
74 Vgl. Blatt 4 Z. 24-44.
75 Blatt 4 Z. 45-54.
76 Vgl. Blatt 4 Z. 55-60 und Blatt 5 Z. 1-19, das Zitat stammt aus Z. 17-19. Voigt stützte sich hier auf die Richtlinien zu den Lehrplänen an höheren Schulen in Preußen von Hans Richert (1869-1970), Pädagoge und Schulpolitiker, der von 1923-1934 Ministerialrat im preußischen Kultusministerium gewesen war. Er strebte eine einheitliche „nationale Bildung" durch die deutschkundlichen Fächer – Religion, Deutsch, Geschichte, Erdkunde – für alle Gymnasialtypen an. Vgl. Geißler (Anm. 5), S. 401-404.

ein neues Fach zu rechtfertigen und erinnert an das 1933 eingeführte Fach „Lebenskunde", das Lehrer fachfremd unterrichten mussten. Man solle nichts erzwingen, was sich erst allmählich entwickeln müsse.[77] „Wir brauchen keine neuen Fächer und auch keine neuen Namen, sondern einen neuen staatsbürgerlichen Geist, der unsere alten Fächer in ihrer Gesamtheit mehr als bisher durchdringt, wobei aber der Geschichtsunterricht mit dem deutschkundlichen Unterricht, den Fremdsprachen und der Geographieunterricht stets vor der Mathematik und den Naturwissenschaften rangieren werden."[78]

Voigt bringt im Folgenden einige wenige Beispiele aus dem bisherigen, seit Januar 1946 aufgenommenen Unterricht, um zu zeigen, wie er seine „Forderung nach Klarheit und Nüchternheit und strenger Objektivität, verbunden mit ehrlicher Begeisterung für das hohe Ziel der staatsbürgerlichen Erziehung unserer Jugend" verwirklicht sehen will. Im Unterricht sei gefragt worden nach der Berechtigung eines allgemeinen oder auch freiwilligen Arbeitsdienstes für die Jugend. Sollte man ihn ablehnen, weil er im Sinne der militärischen Erziehung missbraucht und verfälscht worden sei? „Erziehung der Jugend zur bewussten Einordnung (nicht Unterordnung) in eine Gemeinschaft junger Menschen, die in gemeinsamer körperlicher und geistiger Arbeit die Volksgemeinschaft begreifen lernen, ist das etwa nichts, was der neue demokratische Staat gebrauchen kann?! Oder ist der hohe Begriff der Volksgemeinschaft etwa deshalb überholt und verdächtig, weil die Goebbelsche Propaganda ihn nicht oft genug in den Mund nehmen konnte? Wir haben nun einmal kein besseres Wort in unserer deutschen Sprache dafür. Das Ziel des neuen demokratischen Staates muss und kann nur die Volksgemeinschaft innerhalb der größeren Völkergemeinschaft sein."[79] 17 Monate nach Kriegsende ist der Begriff der Volksgemeinschaft für Voigt noch zentraler Bezugspunkt des neuen staatlichen Ordnungsrahmens und nicht, wie ab 1949, im Grundgesetz der Einzelne.

Auch Person und Werk Bismarcks, der heute „als Prototyp preußischen Junkertums und des Militarismus" hingestellt werde, sollten streng sachlich betrachtet werden. Bismarck habe nach der Reichsgründung den europäischen Frieden stabilisieren und anders als seine Nachfolger die gutnachbarlichen Beziehungen nicht durch imperialistischen Ehrgeiz (Flottenrüsten, Kolonialpolitik) trüben lassen wollen. Die innenpolitischen Fehler (Kulturkampf und Sozialistenverbot) beruhten nicht zuletzt auf der Personalunion von Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten. Im neuen demokratischen Staat müsste der noch in der Weimarer Republik aus dem Kaiserreich übernommene preußische Zentralismus überwunden werden. Bei der Beurteilung der Politik Bismarcks und seiner Nachfolger seien die Ergebnisse deutscher und ausländischer Forscher heranzuziehen, „denn ohne solche Objektivität werden wir unsere Jugend nie von dem höheren Wertinhalt eines demokratischen Staatswesens überzeugen können."[80]

Für eine Erziehung der Jugend zur Demokratie müsse den Lehrern die Freiheit zur Objektivität nach ihrem eigenen Wissen und

77 Vgl. Blatt 5 Z. 36-59 und Blatt 6 Z. 1-9.
78 Blatt 6 Z. 10-16.
79 Vgl. Blatt 6 Z. 17-51, das Zitat stammt aus Z. 41-51.
80 Vgl. Blatt 6 Z. 52-60, Blatt 7, Blatt 8 Z. 1-9; das Zitat stammt von Blatt 7 Z. 53-55.

Gewissen belassen werden. Diese Freiheit habe man im „Dritten Reich" weitgehend eingeengt; trotzdem hätten viele Kollegen versucht wahrhaft zu bleiben. „Andere freilich suchten jede Auseinandersetzung mit solchen Fragen zu vermeiden, die im dritten Reich nicht genehm waren. Einige wenige stellten sich ganz auf die herrschende nationalsozialistische Geschichtsauffassung ein. Die letzten beiden Gruppen möchte ich mit denen vergleichen, die heute, nachdem nun einmal demokratische Macht unser Schicksal bestimmt, sich nach außen hin nicht demokratisch genug gebärden können, oder aber in alterprobter Taktik leider in der Öffentlichkeit jede Auseinandersetzung mit den Problemen der zu schaffenden deutschen Demokratie vermeiden, wobei die Schule schließlich auch einen Teil dieser Öffentlichkeit darstellt. ... Wir haben als Lehrer die Pflicht zur Auseinandersetzung mit diesen Fragen, wir haben auch die Pflicht zur Kritik, aber nicht nur zur Kritik an dem Gestern, und wir haben auch die Pflicht zum Bekenntnis."[81]

Von entscheidender Bedeutung für die Berufsarbeit seien Einstellung und Einsatz der einzelnen „Erzieherpersönlichkeit". Voigt schlägt vor, bewährte Wege aus der Zeit der Weimarer Republik zu gehen und historische Arbeitsgemeinschaften für die Schüler der Oberstufe einzurichten, in denen zum Beispiel Themen wie die Entwicklung der Parteien, verfassungs- und wirtschaftsgeschichtliche, aber auch kommunalpolitische Fragen ausführlicher als im planmäßigen Geschichtsunterricht besprochen werden könnten. Auch der Rundfunk könnte mit Vortragsreihen für die staatsbürgerliche Erziehungsarbeit wertvolle Hilfe für die Arbeitsgemeinschaften leisten.[82] Gerade kommunalpolitische Fragen böten Beispiele praktischer politischer Kleinarbeit und könnten die Anteilnahme der Jugend am staatlichen Geschehen wecken. Kommunalpolitiker sollten deshalb auch in den Schulen über ihre Arbeit berichten und so zur politischen Erziehung beitragen.[83] Voigt berichtet weiter aus einer Geschichtsstunde, in der über Bedeutung und Ergebnis der Kommunalwahl vom 15. September 1946 gesprochen wurde. Nicht wenige Schüler hätten Wahlversammlungen aller Parteien besucht und kritisiert, dass statt der örtlichen Kandidaten auswärtige Redner die Parteiprogramme vorgestellt und die Wahlveranstaltungen bestimmt hätten. Alle Schüler hatten sich für eine Persönlichkeitswahl ausgesprochen.[84]

Bestandteil staatsbürgerlicher Erziehung könnten auch die Selbstverwaltung der Schüler, mehrtägige Lehrwanderungen oder längere Aufenthalte in einem Schullandheim sein, weil auf solchen Fahrten zu Selbstverantwortlichkeit erzogen werden könne. Schüleraustausch und Auslandsfahrten könnten den „politischen Horizont der Jugend" erweitern.[85] Voigt sagt am Ende: „Als deutscher Erzieher wollen wir mit beiden Beinen in der Wirklichkeit stehenbleiben und so handeln, wie es die Gegenwart von uns fordert. In der hinter uns liegenden Zeit hat die Hitlerjugend eine weitgehende Entfremdung zwischen Schule und Jugend herbeigeführt. Jetzt bietet sich uns Lehrern eine große Chance! Sorgen wir durch äußersten

81 Vgl. Blatt 8, das Zitat stammt aus Z. 11-31.
82 Vgl. Blatt 8 Z. 40-60. Ein Beispiel, wie das neue Medium Rundfunk am Ende der Weimarer Republik in der Schule eingesetzt wurde: Meldorfer Gelehrtenschule (Anm. 29), S. 200f.
83 Vgl. Blatt 9 Z. 1-20.
84 Vgl. Blatt 9 Z. 21-36.
85 Vgl. Blatt 9 Z. 45-60 und Blatt 10 Z. 14-20.

Einsatz aller unserer Kräfte dafür, daß wir und die Jugend in gemeinsamer schulischer und außerschulischer Arbeit wieder zu einer festen Gemeinschaft verwachsen. Dann haben wir auch einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau eines neuen Staates geleistet! Und nur so können wir uns gemeinsam mit der Jugend 'neue Wege zum Staat' erarbeiten!"[86]

In seinem Vortrag geht Voigt davon aus, dass staatsbürgerliche Bildung auf planvollem, historischem und politischem Unterricht beruht, der Sachverhalte vermittelt und Normen reflektiert, der wissenschaftliche Erkenntnisse in Bildung umsetzt, damit politische Urteile mündig und selbstständig gefällt werden können. Das Fach Geschichte ist laut ihm ein zentrales Element dieser staatsbürgerlichen Bildung, das Verständnis für Bedingungen und Abläufe des politischen Lebens vermitteln kann. Staatsbürgerliche Bildung sollte sich nach Voigt nicht nur allein am traditionellen Geschichtsunterricht orientieren, sondern auch Bezüge zur Wirtschaft und zum Verfassungs- und Völkerrecht herstellen. Voigt sprach wesentliche Kernbereiche der staatsbürgerlichen Bildung an: Sie soll Unterrichtsprinzip in allen Fächern sein, sie ist ein Angebot des sozialen Lernens und der Interaktionsbeziehungen in der Schule, und sie ist auf die gesamte innere Schulkultur und das Schulleben zu beziehen. An Beispielen zeigt Voigt, dass staatsbürgerliche Bildung und Erziehung nicht allein auf Bildungswissen beruhen, sondern auch auf persönlichkeitsbildenden Aktivitäten außerhalb des Stundenplans.

Voigt unterlässt es bei der Frage nach den Ursachen des Dritten Reiches, auf metaphysische Interpretationsmuster einzugehen oder gar zeittypische Parallelisierungen von nationalsozialistischen und alliierten Verbrechen zu ziehen. Nur in wenigen Hinweisen spricht Voigt den Zivilisationsbruch an, erwähnt aber weder die Ermordung der Juden noch die Vernichtungslager. Dabei findet die Tagung einen Tag nach der Verkündung der Urteile in den Nürnberger Prozessen statt. Er flüchtet aber auch nicht in religiöse oder kulturelle Traditionen, sondern betont immer wieder die Selbstverantwortung des Einzelnen.[87] Die Schülerfragen zum Arbeitsdienst, die Voigt wiedergibt, zeigen dagegen, wie problembelastet Nachdenken über die Bedeutung sozialer Arbeit für die Gesellschaft des demokratischen Wiederaufbaus retrospektiv ist. Wieviel soziale Gemeinschaft braucht eine liberale Demokratie?

Voigt beginnt seinen Vortrag mit einem Vergleich der Situation zu Beginn der Weimarer Republik. Doch die Geschichte der Weimarer Republik konnte unmittelbar nach der Niederlage nur sehr begrenzt ein Anknüpfungspunkt sein, denn der Blick zurück erinnerte an politische Instabilität, Parteienhader und wirtschaftliche Not. Die Weimarer Republik war kein unbelasteter Vorläufer des NS-Regimes und ein Streit um den Untergang 1945/46 zwischen den handelnden Personen war für den demokratischen Neubeginn eher nicht förderlich. Als „goldenes Zeitalter" galten im Rückblick eher das Kaiserreich mit seinem Gründer Otto von Bismarck oder die ersten

86 Blatt 10 Z. 32-39.

87 Solchany, Jean: Vom Antimodernismus zum Antitotalitarismus. Konservative Interpretation des Nationalsozialismus in Deutschland 1945-1949, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 44 (1996), H. 3, S. 373-394.

88 Vgl. Ulrich, Sebastian: Im Schatten einer gescheiterten Demokratie. Die Weimarer Republik und der demokratische Neubeginn in den Westzonen 1945-1949, in: Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland, Göttingen 2004, S. 185-208.

Jahre des Nationalsozialismus.[88] Voigt dagegen beteiligt sich am Prozess der Reorganisation der Schule und vertritt selbstbewusst Inhalte, für die die Weimarer Republik ein produktiver Bezugspunkt war. Nach der Wiedergabe und Bewertung seiner Rede soll nun die Person Ernst Voigt näher betrachtet werden. Wie ist sein Engagement einzuordnen?

5. Biografische Annäherung an Ernst Voigt. Ernst Voigt[89] lebte von 1909 bis 1990 – ein Leben im 20. Jahrhundert. Geboren in Rudolstadt, stammte er aus dem Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt, das sich 1920 mit den acht anderen thüringischen Freistaaten zum Land Thüringen zusammengeschlossen hatte. Er war der Sohn eines Gärtnereibesitzers. Wieweit er als Kind und Jugendlicher Elend und Unsicherheiten der Kriegs-und Inflationszeit erlebt hatte, lässt sich nicht sagen. Mit seinem Geburtsdatum gehörte er zu der Generation der 1902-1918 Geborenen, die vielfach später Bindung an die Volksgemeinschaft suchten und die seit 1930 zu den Wahlsiegen der Nationalsozialisten erheblich beigetragen hatten.[90] Letzteres trifft auf Voigt nicht zu.

Voigt studierte in der Endphase der Weimarer Republik von 1928 bis 1933 in München, Leipzig, Halle und Jena Deutsch, Geschichte und Erdkunde. Das Staatsexamen legte er im November 1933 ab; in Geschichte wurde er mit „sehr gut" benotet. Als Referendar wurde er in der Anfangsphase der NS-Zeit vom 15. November 1933 bis 5. September 1935 ausgebildet und am 1. Oktober 1935 zum Assessor ernannt. Beide Staatsexamina bestand er mit dem Prädikat „Gut". Als Studienassessor unterrichtete er zunächst als Hilfslehrer an einer Höheren Privatschule in Hildesheim und an Thüringischen Berufsschulen in Neustadt/Orla und Stadtilm, ehe er ab 20. April 1938 als „vollbeschäftigter" Studienassessor an die Oberschule für Jungen in Marne versetzt wurde. Nach Schleswig-Holstein hatten ihn familiäre Gründe geführt: Er hatte 1937 eine aus Kiel stammende Frau geheiratet. Am 1. Oktober 1941 wurde er zum Studienrat ernannt.

Zu diesem Zeitpunkt gehörte er bereits als Obergefreiter zum Führungs-Nachrichtenregiment 618. Seit Juli 1941 bis August 1944 war er an der Kanalküste und im besetzten Frankreich eingesetzt, nachdem er von Mai bis Juli 1941 eine Rekrutenausbildung in Lübeck absolviert hatte. Von August 1944 bis April 1945 war er im „Einsatz im Heimatkriegsgebiet im Westen", wie er im Fragebogen angab. Voigt war vom 22. Juli bis 22. November – aus bislang nicht zu klärenden Hintergründen – im Zivil-Internierungslager Neuengamme, wo er „von seiner militärischen Entlassung zurückgehalten wurde", wie er im Fragebogen formulierte (Frage 132). Er wurde er am 5. Dezember 1945 entlassen.

Voigt machte folgende Angaben zu seinem parteipolitischen Engagement in der Weimarer Republik und zu seinen Mitgliedschaften in der NS-Zeit auf seinem 133 Fragen umfassenden Fragebogen: Von 1930 bis 1933 gehörte der 21- bis 23-jährige Voigt als Mitglied des Jungdeutschen Ordens der Deutschen Staatspartei an (Frage

89 Dem Leiter des Marner Gymnasiums, Herrn OStD Beckmann, danke ich für die Einsicht in die Personalakte, die das Personalblatt und als Anlage die Abschrift der Antworten zum Entnazifizierungsfragebogen sowie weitere Unterlagen enthält. Die biografischen Angaben im Folgenden sind dieser Akte entnommen.

90 Vgl. Büttner, Ursula: Weimar – die überforderte Republik 1918-1933, in: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 18, 10. Aufl., Stuttgart 2010, S. 480.

106). Diese Mitgliedschaft führt Voigt als Beleg dafür an, dass er nach dem Verbot des Jungdeutschen Ordens im Juni 1933 nach 1933 Mitglied einer verbotenen Oppositionspartei oder Gruppe gewesen sei, denn es gab weiterhin – so gibt er an – regelmäßige Zusammenkünfte, Beitragszahlungen und Geldsammlungen sowie auch politische Informationen aus Berlin von der ehemaligen Ordensleitung (Fragen 110, 111). Im Juni 1939 will er zuletzt an einer solchen verbotenen Zusammenkunft teilgenommen haben. Nach der Einberufung zum Wehrdienst, also 1941, will er nur noch durch „regen Briefwechsel" mit den „ehemaligen Gesinnungsfreunden" verbunden gewesen sein (Fragen 110-112).

Voigt gehörte zahlreichen NS-Organisationen an und war Mitglied der NSDAP. Dabei stehen sein beruflicher Werdegang und diese Mitgliedschaften in einem engen Zusammenhang. Noch während der Referendarzeit trat er am 1. April 1934 dem NSLB bei, der sich nach 1933 alle bislang unabhängigen Lehrerverbände einverleibt hatte. 97 Prozent aller Lehrer gehörten 1936 dieser Massenorganisation an.[91] Als Studienassessor an der Höheren Privatschule Freymark in Hildesheim trat er am 1. Oktober 1937 dem Reichsluftschutzbund bei und übernahm als neuer junger Kollege ab 1. Mai 1938, gleich nach seinem Dienstantritt in Marne, die Aufgabe des Luftschutzlehrers. Dies war seine einzige angegebene Funktion in einer Organisation überhaupt. Seit dem 1. Mai 1938, also auch nach dem Dienstantritt in Marne, war er Mitglied im Reichskolonialbund (RKB), der mit seinen rund 1 200 000 Angehörigen zu den „betreuten Organisationen" der NSDAP gehörte. Zum 1. Januar 1938 war er der NSV beigetreten, die mit 1 4187 834 Mitgliedern die größte Massenorganisation nach der Deutschen Arbeitsfront (DAF) war. 1932 gegründet, drängte die NSV die freien Verbände der Wohlfahrtspflege heraus oder schaltete sie gleich.[92] Inwieweit sprechen diese Mitgliedschaften aber für politische Loyalität oder nur für zurückhaltendes Engagement? Keine der Organisationen gehörte zu den Gliederungen der NSDAP, sondern es waren der NSDAP angeschlossene Verbände (NSLB, NSV) oder von der NSDAP betreute Verbände (NSRL, RKB).[93] Er hatte bis auf den Reichsluftschutzbund auch keine Funktion in den Verbänden.

Voigt trat am 1. Juni 1941 in die NSDAP ein und gehörte damit zu den 6,67 Millionen Parteimitgliedern (Stand April 1941).[94] Dies geschah kurz vor Beginn seiner Rekrutenausbildung, fünf Monate bevor er zum Studienrat auf Lebenszeit ernannt wurde und zwei Monate vor der Geburt seines ersten Sohnes. Der Beitritt kann in Zusammenhang mit der persönlichen, beruflichen oder familiären Situation gesehen werden. Voigt schrieb 1948 in einer Ergänzung zum Fragebogen: „Mein Eintritt in die NSDAP im Juni 1941 erfolgte ohne mein besonderes Zutun, da ich als Luftschutzlehrer im Reichsluftschutzbund damals wie alle Amtsträger im RLB in die NSDAP überführt wurde." Eine Schutzbehauptung, wie die Formulierung „besonderes Zutun" offenbart. Voigt bat um eine beschleunigte Durchführung der „Kategorisierung", weil er für die Gemein-

91 Vgl. Grüttner, Michael: Das Dritte Reich 1933-1939, in: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 19, 10. Aufl., Stuttgart 2014, S. 462.

92 Vgl. Vorländer, Herwart: Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation, Boppard 1988, S. 44, 53, 121, 123; Wenzel, Marco: Die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände. Ein Überblick, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt/M. 2009, S. 19-38.

93 Vgl. Grüttner (Anm. 91), S. 104.

94 Vgl. ebd., S. 101.

dewahl im Oktober 1948 kandidieren wollte. Voigt wurde als entlastet in die Gruppe V eingestuft.[95] Inwieweit Voigt tatsächlich den Zielen des Nationalsozialismus zugestimmt hatte, kann nicht gesagt werden.[96]

Voigt konnte 1946 sofort wieder seine Unterrichtsfächer Deutsch, Geschichte und Erdkunde aufnehmen, später kam Gegenwartskunde hinzu. Er wurde am 1. Dezember 1953 zum Oberstudienrat befördert, war Stellvertreter des Direktors und leitete von Ostern bis Herbst 1959 kommissarisch das Marner Gymnasium. Er wurde am 1. April 1965 zum Studiendirektor ernannt, 1974 pensioniert und unterrichtete noch bis 1977 mit halber Stundenzahl Geschichte und Erdkunde. Wie aber hat sich Voigt nach 1945 politisch und gesellschaftlich engagiert?

Voigt war Mitbegründer der Volkshochschule in Marne und „alter Dozent für Zeitgeschichte". Schon im Winter 1946/47 hatte es eine Initiative aus der Bürgerschaft gegeben, die Einzelvorträge organisiert hatte. Daraus entwickelte sich im Sommer 1947 ein „Ausschuss für Erwachsenenbildung der Stadt Marne", der am 1. November 1947 die Städtische Volkshochschule gründete. Schon im ersten Semester leitete er die sechs Abende umfassende Vortragsreihe „Verfassungsgeschichtliche Probleme" mit dem Untertitel „Entwicklung des demokratischen Gedankens in Deutschland", an der über 50 Personen teilnahmen. In den folgenden Semestern war ein Schwerpunkt „Neuere und Zeitgeschichte, Politik und staatsbürgerliche Erziehung". Als späterer Stadtvertreter hat Voigt von Anfang an die Arbeit der VHS unterstützt und diese von 1968 bis 1970 sogar noch einmal selbst geleitet.[97]

Voigt war nach 1945 langjährig in herausgehobener Position kommunalpolitisch aktiv. Von Oktober 1948 bis 1978 gehörte er durchgehend der Stadtvertretung für die CDU an. Er war ehrenamtlicher Stadtrat und Magistratsmitglied von 1950 bis 1951 und von 1955 bis 1966 sowie als Bürgervorsteher Repräsentant des Stadtparlaments von 1951 bis 1955 und wieder von 1966 bis 1978. 1978 wurde er zum Ehrenbürgervorsteher der Stadt ernannt.[98] Im Sommer 1946 hatte er die CDU in Marne mitgegründet und war anfangs ihr Vorsitzender. Auf Kreisebene engagierte er sich nur bis 1951.[99]

Ernst Voigt war in der 9. und 10. Klasse 1961 bis 1963 mein Lehrer für Geschichte und Gegenwartskunde, dem Fach, das der politischen Bildung dienen sollte und gegen dessen Einführung er sich 1946 noch ausgesprochen hatte. Voigt unterstützte uns, einige wenige Schüler, zwei waren bei den Jungsozialisten, bei der Gründung eines Politischen Arbeitskreises, trug mit dazu bei, dass wir eine kleine Schüler-Bibliothek mit Literatur für die Zeit des Nationalsozialismus einrichten konnten. Dazu gehörten das „Tagebuch der Anne Frank" und die kleine Schrift von Mau/Krausnick, „Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1933-1945", verfasst vom ersten Leiter des Instituts für Zeitgeschichte und seinem Nachfolger. Voigt sorgte unter anderem für den Bezug der Zeitung „Das Parlament" mit ihren Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte".

95 Vgl. LASH Abt. 460.16, Nr. 272, Geschäftszeichen V 1068; Voigts Entlastungszeugnis vom 16. September 1948 in der Personalakte in Anm. 89.

96 Von Februar 1947 bis Februar 1950 wurden in der britischen Besatzungszone 2 041 454 Deutsche entnazifiziert. 27 177 Personen wurden als Minderbelastete (Gruppe III) eingestuft, 222 028 als Mitläufer (Gruppe IV) und 1 191 930 als Entlastete (Gruppe V). 512 651 Personen galten als unbelastet und gegen 87 668 Personen wurde das Verfahren eingestellt. Vgl. Königseder, Angelika: Das Ende der NSDAP. Die Entnazifizierung, in: Benz (Anm. 92), S. 151-166, hier S. 159.

97 Vgl. Voigt, Ernst: Marne. 25 Jahre Volkshochschule in Dithmarschen, in: Zeitschrift Dithmarschen (1971), H. 3, S. 63-65.

98 Vgl. Beber (Anm. 30), Anhänge 4 a, d, e; Personalakte in Anm. 89; Stadt Marne: Chronik der Stadt Marne, Marne 1991, S. 32-39.

99 Vgl. Sommer, Ulf: Die CDU Meldorf 1945-1953. ADLM, Facharbeit an der MGS vom 21. Dezember 1984, S. 14-24.

Aufnahme der Stadtvertreter in Marne; wahrscheinlich im Kontext der Kommunalwahl 1962 aufgenommen. Vorne am Tisch sitzt als zweite Person von rechts Ernst Voigt. Quelle: Privatbesitz Willy Schulz.

Voigt verschwieg uns Schülern seine NSDAP-Mitgliedschaft; auf Nachfrage – vielleicht um uns als Schüler zu beeindrucken – erzählte er von seiner Mitgliedschaft im Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK), weil „man sich ja irgendwo engagieren musste" und weil er sich für Technik interessiert habe. Wie in seinem Vortrag 1946 gefordert, unternahm er mit uns mehrtägige Fahrten. Voigt fuhr mit uns im November 1962 nach Bonn, um den Bundestag zu besuchen und an einer Bundestagssitzung teilzunehmen. Ein weiterer von ihm noch geplanter einwöchiger Aufenthalt in einer Heimvolkshochschule konnte erst in der 11. Klasse stattfinden. In seinem Unterricht nahmen aktuelle kommunalpolitische Themen einen breiten Raum ein. Unter uns Schülern warb er für den Besuch der Theateraufführungen der damaligen Landesbühne Rendsburg in Marne.

Unser junger Klassenlehrer (1961-63) Uwe Graage, Fachlehrer für Mathematik und Sport, war von Voigt in der Oberstufe in Geschichte und Erdkunde unterrichtet worden (Abitur 1954). Er begleitete 1963/64 diejenigen, die daran interessiert waren, auf die nicht wenigen Versammlungen der im November 1964 gegründeten NPD, die in Marne stattfanden und ergriff dort auch das Wort gegen die Partei. Er war ein Lehrer, für den staatsbürgerliche Bildung, wie Voigt gefordert hatte, Unterrichtsprinzip war. Dieser Klassenlehrer trat später in die SPD ein, wurde Stadtvertreter (1970-1983 und 1986-1998), Bürgervorsteher (1990-1998) und nach seinem Ausscheiden Ehrenbürgervorsteher wie sein Lehrer Voigt. Es gab mehrere Schüler Voigts, die kommunalpolitisch bei unterschiedlichen

Parteien engagiert waren. Voigts zweiter Sohn, 1946 geboren, wurde Mitglied der SPD und Geschäftsführer eines Unterbezirkes in Baden-Württemberg. Mein ehemaliger Klassenlehrer fasste nach der Lektüre des Referates seinen Eindruck so zusammen: Voigt hat 1946 die Zielsetzungen vorgegeben, nach denen er als Lehrer gehandelt hat.

6. Schlussbemerkungen. Die Tagung „Neue Wege der Erziehung zum Staat" vom Oktober 1946 ist nur ein Mosaikstein in der Geschichte des Wiederaufbaus der demokratischen Staatsordnung. Angesichts der Ausgangslage 1945 ist es rückblickend erstaunlich, dass zumindest nach außen hin vergleichsweise reibungslos eine neue liberaldemokratische politische Ordnung aufgebaut werden konnte. Einen Rückgriff auf eine politisch unbelastete Elite konnte es in großer Zahl nicht geben.[100] Voigt sah Parallelen in der historischen Situation von 1918 und 1945. Die Ausgangslage 1945 für eine Neuordnung unterschied sich grundlegend von der nach 1918. Zentral und wichtig war die totale Beseitigung des Militärs.[101] Nach der totalen Niederlage 1945 flammte kein Nationalismus auf und es gab keine Bürgerkriegsatmosphäre, weil es keine Zweifel am Ausmaß der Niederlage geben konnte.

Die britische Besatzungspolitik sorgte dafür, dass es keine Alternative zu der entstehenden politischen Ordnung geben konnte.[102] Ausgangspunkt war die schrittweise Einübung in Demokratie, deren Aufbau von unten erfolgen sollte. Die Briten stellten zurückhaltend die Weichen: Wahl zwischen konkurrierenden Parteien, Toleranz und Achtung gegenüber der politischen Haltung und Ansicht anderer und Übernahme politischer Verantwortung.[103] Hier ein Beispiel aus Meldorf: Ehemalige der MGS berichten, dass sie mit großem Interesse einen Leseraum aufsuchten, in dem die Briten Bücher und vor allen Dingen englischsprachige Zeitungen ausgelegt hatten. Zu nennen ist auch die Anweisung von Caroline Cunningham, University Control Officer, vom April 1946, dass nach den Vorträgen der Universitäts-Gesellschaft im Land eine Aussprache über den Inhalt stattzufinden habe. Das hatte es jedenfalls in Marne und Meldorf bislang noch nicht gegeben.[104]

Im Bildungswesen wurden nur wenige Personen ausgewechselt. Der schnelle Wiederbeginn des Schulunterrichts verhinderte dies. Rückgängig gemacht wurde die Zentralisierung des Bildungswesens. Reformvorstellungen vor allem für längeres gemeinsames Lernen gab es eher auf Seiten der Sozialdemokratie. Da die Amerikaner politisch eher die konservativen Kräfte unterstützten und ihnen die Briten dabei folgten, wurde das gegliederte Schulsystem beibehalten.[105]

Der zügige Schulbeginn verhinderte auch hier tiefgreifende Reformen im Bildungswesen. Die Aktivitäten Ewald Harders zeigten das exemplarisch am Beispiel Meldorfs. Die Briten folgten eher dem Prinzip der Nichteinmischung und entwickelten keine Reforminitiative für das Bildungssystem.

100 Vgl. Mommsen, Hans: Der lange Schatten der untergehenden Republik. Zur Kontinuität politischer Denkhaltungen von der späten Weimarer zur frühen Bundesrepublik, in: Bracher, Karl-Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bonn 1987, S. 552-586, hier S. 553.

101 Vgl. Jarausch (Anm. 52), S. 85.

102 Vgl. Kielmansegg, Peter Graf: Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, Berlin 1980, S. 42.

103 Vgl. Borup, Allan: Demokratisierungsprozess in der Nachkriegszeit. Die CDU in Schleswig-Holstein und die Integration demokratieskeptischer Wähler, Bielefeld 2010, S. 90.

104 Vgl. Steindorff, Ludwig (Hrsg.): 100 Jahre SHUG. Schleswig-Holsteinische Universitäts-Gesellschaft. Brücke zwischen Universität und Land, Husum 2019, S. 130; Schulz, Willy: Schleswig-Holsteinische Universitäts-Gesellschaft vor Ort: Die Ortsgruppe Meldorf in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Demokratische Geschichte. Jahrbuch für Schleswig-Holstein 25 (2014), S. 177-233.

105 Vgl. Geißler (Anm. 5), S. 672; Gagel, Walter: Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1989/90, 3. Aufl., Göttingen 2005, S. 30-38.

Voigts Referat macht deutlich, dass Erneuerung der Schule vorrangig verstanden wurde als innere Reform durch Wiedereinsetzung von Bildungswerten, die in der NS-Zeit verschüttet gewesen waren.[106] Aus den Forderungen für eine zukünftige Schule lassen sich Fehlentwicklungen der letzten zwölf Jahre und auch in der Weimarer Republik ablesen, besonders im methodischen Bereich: Es war nicht geübt und nicht gefordert worden, selbst politisch zu denken, zu entscheiden oder offen für unterschiedliche Überzeugungen einzutreten, sich friedlich damit auseinanderzusetzen oder einzutreten für eine Gemeinschaft friedliebender Staaten.[107] Kern der inneren Schulreform sollte der Abbau der Empfänglichkeit der Schüler durch Arbeits-und Gruppenunterricht, kleinere Schülerzahl pro Klasse und eine andere Sitzordnung sein. Die noch schwach besetzte und überalterte Lehrerschaft hatte allerdings mit einer wachsenden Schülerzahl zu tun: 1939/40 betrug das Lehrer-Schüler Verhältnis 1:39, 1947/48 1:78 in Schleswig-Holstein.[108]

1945 bestand eine dramatische Situation für das heute vielbeschworene „Lernen aus der Geschichte". Die Herausforderung für einen demokratischen Neuanfang verlangte von den Lehrern, sich mit der eigenen Mitverantwortung, dem eigenen Verhalten und den Zweifeln in der NS-Zeit auseinanderzusetzen, damit Unterricht glaubwürdig sein konnte – gerade die persönliche Auseinandersetzung blieb aus. Dabei ist ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein für eine demokratische Zivilgesellschaft wichtig, wenn aus den Erfahrungen der NS-Zeit Konzepte und Praktiken pädagogischen und politischen Gegenhandelns entwickelt werden sollen.[109] Einführung und besonders die Akzeptanz einer demokratischen Grundordnung waren nach 1945 nicht nur das Resultat alliierten Drucks, sondern, wie das Referat Voigt exemplarisch zeigt, auch Folge der Selbstbesinnung nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft und dem reflektierteren Umgang mit der eigenen Geschichte.

106 Vgl. dazu auch Erdmann (Anm. 9), S. 731.

107 Vgl. die Beiträge von H. Nohl: Die Aufgabe der deutschen Schule und A. Grimme. Unser Standort, in: „Die Schule". Monatsschrift für geistige Ordnung 1 (1946), Heft 1.

108 Vgl. Erdmann (Anm. 9), S. 729. Das Lehrer-Schüler-Verhältnis betrug in Niedersachsen 1:70, in Bayern 1:65.

109 Vgl. Ulrich (Anm. 88).